

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Rates der Stadt Hagen vom 25.02.2021

Öffentlicher Teil

TOP . Vorschlag der CDU-Fraktion hier: Sachstand Sanierung Richard-Römer-Lennebad
0158/2021
Entscheidung
geändert beschlossen

[Anmerkung der Schriftführung: Die Tagesordnungspunkte I.5.1 „Vorschlag der CDU-Fraktion; hier: Sachstand Sanierung Richard-Römer-Lennebad“, Drucksache 0158/2021 und I.5.2 „Vorschlag der SPD-Fraktion; hier: Sanierung Richard-Römer-Lennebad“, DS 0162/2021 wurden gemeinsam beraten. Die Protokollierung erfolgt an dieser Stelle.]

Herr Oberbürgermeister Schulz erklärt zum Beginn der Beratung, dass die Stellungnahme der Verwaltung einen Fehler enthält. In der Begründung muss auf Seite 2, letzter Absatz, das Datum 27.01.2021 anstatt 27.10.2021 lauten.

Herr Klepper bringt den Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und Hagen Aktiv sowie der Ratsgruppe FDP (Anlage 2) ein. Ziel des Antrags ist es, insgesamt 4,9 Millionen Euro an Fördergeldern für den Stadtteil Hohenlimburg zu erhalten. Dabei soll die beste Lösung für das Schul- und Vereinsschwimmen sowie für die soziale Infrastruktur gefunden und realisiert werden. Im Zuge dessen sollen alle Alternativen geprüft werden, bevor insgesamt 7,8 Millionen Euro in eine 60 Jahre alte und begrenzt schöne Immobilie investiert werden.

Voraussetzung dafür ist aber, dass die Verwaltung mit dem Fördermittelgeber klärt, ob die Förderung auch für andere Lösungen als die Sanierung des Richard-Römer-Lennebades genutzt werden dürfen. Denkbar wäre ein alternatives Badkonzept mit einem Neubau eines Bades in Hohenlimburg. Fraglich ist, ob dieser innerhalb des Förderzeitraums bis 31.12.2024 erstellt und abgerechnet werden kann. Herr Klepper dankt der Landesregierung für die zur Verfügungstellung der Fördermittel. Die CDU-Fraktion bekennt sich zu einem Schwimmbad in Hohenlimburg, da insbesondere die Belegungspläne zeigen, dass ein solches Bad im Stadtteil notwendig ist. Die Kosten für eine Sanierung des Richard-Römer-Lennebades belaufen sich auf rund 5,4 Millionen Euro. nach jetzigem Kenntnisstand soll nochmal ein zusätzlicher Sanierungsaufwand in Höhe von 2,4 Millionen Euro hinzukommen. Vor einer Entscheidung sollte darüber nachgedacht werden. Aufgrund des Alters des Gebäudes ist eine Sanierung äußerst anspruchsvoll. Daher ist es geboten, alternative Möglichkeiten in eine Abwägung mit aufzunehmen. Eine erste Prüfung hat ergeben, dass ein Neubau, der alle Anforderungen erfüllt, mit bis zu 6,5 Millionen Euro errichtet werden kann. Die Fristen für die Förderung sind dabei ebenfalls einhaltbar. In diesem Szenario könnten auch noch weitere Förderungen beansprucht und durch eine verbesserte Energieeffizienz, auch ein Beitrag zum Klimaschutz erzielt werden.

Aus Sicht der CDU-Fraktion sind bisher nicht alle Möglichkeiten ausreichend betrachtet worden und Herr Klepper appelliert deshalb, auch die Alternativen nochmal genauer zu prüfen.

Herr Rudel stimmt den Ausführungen von Herrn Klepper zu. Mit ihrem Antrag ist die SPD-Fraktion davon ausgegangen, dass in dieser Ratssitzung eine Entscheidung über das weitere Vorgehen getroffen werden muss. In den letzten Tagen hat sich aber gezeigt, dass es ausreichend wäre, in der Ratssitzung am 15.04.2021 über diese Thematik und den Antrag der SPD-Fraktion zu entscheiden. Herr Rudel ist über die Steigerung der Sanierungskosten um 2,4 Millionen Euro überrascht. Er empfindet es als richtig, alle Optionen zu prüfen, merkt aber ebenfalls an, dass man irgendwann zu einer Entscheidung kommen muss. Die Fördermittel dürfen nicht verfallen.

Daher bittet er darum, den Antrag der SPD-Fraktion in 1. Lesung zu behandeln.

Herr Schmidt verliest folgenden abgefassten Beitrag:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

„ich bin verliebt ins Gelingen“ hat ein kluger Ratsherr, das heutige Geburtstagskind Jörg Meier, vor einiger Zeit mal im Rat der Stadt Hagen in einem anderen Zusammenhang geäußert. Die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Verwaltungsvorlage verschreibt sich leider dem kompletten Gegenteil, entwirft ein Zerrbild aus Fehlinformationen und abstrusen Zusammenhängen in der Absicht, die sanierungswilligen Ratspolitiker fehlerzuleiten und das Projekt scheitern zu lassen. Sie ist in keinsten Weise geeignet, den Mitgliedern des Rates eine objektive Grundlage für ihre Entscheidung zu bieten.

Aus der äußerst fragwürdigen öffentlichen Stellungnahme zu den Anträgen von CDU und SPD ergeben sich Fragen, die zunächst Kämmerer Gerbersmann beantworten sollte. So hat der Rat der Stadt Hagen am 26. September 2019 beschlossen, die im Zuge der Sanierungsförderung für die Stadt Hagen anfallende Komplementärfinanzierung in Höhe von 484.319 Euro jeweils zu 75 Prozent aus der Bildungspauschale und zu 25 Prozent aus der Sportpauschale aufzubringen. Mit Änderungsbescheid vom 20. Oktober 2020 wurde der Stadt Hagen mitgeteilt, dass der ursprünglich veranschlagte Eigenanteil nicht von der Stadt Hagen gezahlt werden muss. Bereits am 7. Dezember 2020 und konkret in Zahlen dann am 27. Januar 2021 wurde in Aufsichtsratssitzungen der HVG deutlich gemacht, dass der Kostenansatz aus dem Gutachten von Rohling und Partner nicht zu halten sein werde. Zur Schließung der Finanzierungslücke in Höhe von 2,4 Millionen Euro könnte nun dieser frei gewordene Betrag von fast 500.000 Euro herangezogen werden, doch plötzlich behauptet der Kämmerer, dass das Geld nicht mehr vorhanden sei. Wofür aber ist diese halbe Million Euro ausgegeben worden, und vor allem: Wer hat dazu den Auftrag gegeben? Die Politik ganz sicher nicht. Sie, Herr Kämmerer Gerbersmann, sind demnach auch heute noch dafür verantwortlich, dass die von der Politik für die Sanierung beschlossenen und im Haushalt eingepreisten 484.319 Euro für die Sanierungsmaßnahme disponierbar sind.

Schier unerträglich und perfide ist überdies die Verteilungsdebatte, die Sie, Herr Gerbersmann, mit dieser Vorlage anzetteln und damit unterschiedliche Interessensgruppen gegeneinander ausspielen wollen. Sie sagen, dass im Falle der nun teureren Sanierung davon ausgegangen werden kann, dass andere wichtige Projekte nur mit zeitlicher Verzögerung verwirklicht werden könnten. Insbesondere führen Sie Schulprojekte an, Brückenbau, Digitalisierung und Brandschutz. Was die Vorlage allerdings nicht mehr enthält, ist die von Herrn Gerbersmann Ende Januar ins Feld geführte Sanierung des Emil-Schu-

macher-Museums, die angeblich zur Disposition gestellt werden müsste, wenn man das Bad mit Mehrkosten saniert. Dieser Aspekt fehlt wohl vor allem deshalb in der Vorlage, weil dieser Gedanke in der Bürgerschaft durchaus auf breite Unterstützung stoßen würde.

Nunmehr aber geht Herr Gerbersmann sogar so weit, einen imaginären Hohenlimburger Investitionshaushalt auflisten zu lassen, so als gäbe es in Sachen Investitionen zwischen den Stadtbezirken eine Art Verteilungsgerechtigkeit. Die gibt es natürlich nicht und sie kann und sollte es auch nicht geben. Es wird stattdessen vernünftigerweise nach Problemlagen investiert und nicht nach gleichmäßiger Verteilung auf die Stadtbezirke. In Bezug auf das Richard-Römer-Lennebad ist dieser Blickwinkel überdies besonders perfide und unangebracht, weil das Bad längst auch Funktionen über den Stadtbezirk hinaus erfüllt, wenn man nur auf die insgesamt sieben im Richard-Römer-Lennebad trainierenden Vereine und Organisationen blickt, die nicht im Bezirk Hohenlimburg beheimatet sind. Dass das Westfalenbad so erfolgreich sein kann, liegt eben auch daran, dass das Richard-Römer-Lennebad das Westfalenbad um die von diesen Vereinen beanspruchten Kapazitäten entlastet.

Die in der Stellungnahme beinhalteten Einlassungen der HVG indes sind ebenfalls nicht geeignet, sich ein vernünftiges Bild in der Sache zu machen, insbesondere hinsichtlich des Finanzrahmens. Es ist hinlänglich bekannt, dass die Hagener Bäderlandschaft wie folgt von der Stadt Hagen finanziert wird: je 500.000 Euro für Hengstey, Hestert und Hohenlimburg, 1,5 Millionen Euro für den Betrieb des Westfalenbades und 1,5 Millionen Euro für den Kapitaldienst, der für das Westfalenbad zu leisten ist. Macht in Summe 4,5 Millionen Euro, die zu diesem Zweck an die HVG gehen, wobei dieser Kostenrahmen in den vergangenen Jahren nicht einmal voll ausgeschöpft werden musste. Tatsächlich wurde diese Summe zwischen 2015 und 2019 nie erreicht. Im günstigsten Jahr 2018 betrug der Zuschussbedarf für die vier Bäder sogar nur 4,19 Millionen Euro.

Wenn die HVG im Zuge einer Badsanierungsdiskussion nun ihre Aufwendungen zum Beispiel für die E-Mobilität bei der Hagener Straßenbahn ins Feld führt und deshalb finanzielle Schieflagen bei der HVG befürchtet, so hat dies keinerlei Bezug zum Wirtschaften bei der Hagenbad GmbH. Der bezüglich der E-Busse entstehende erhöhte Finanzbedarf ist logischerweise für den Etat der Hagener Straßenbahn anzumelden. Und wenn die HVG auf geforderte Ausweitungen der Öffnungszeiten für das Richard-Römer-Lennebad hinweist und hierfür schon entsprechenden finanziellen Mehrbedarf aufführt, dann frage ich mich: mit welcher Berechtigung? Hinsichtlich zusätzlicher Öffnungszeiten, die außer mir bislang übrigens niemand öffentlich gefordert hat, gibt es aktuell überhaupt keine Beschlüsse. Und ich bin es durchaus nicht gewohnt, dass bei der HVG und insbesondere bei Hagenbad das gemacht wird, was ausgerechnet ich fordere. Stattdessen verweist Herr Köther stets darauf, dass er für eine Ausweitung der Öffnungszeiten einen entsprechenden Ratsbeschluss bräuchte.

Hat er den? Nein!

Insgesamt also sollte man sich bei der HVG besser darauf konzentrieren, von Anfang an belastbare Kostenvoranschläge für Sanierungsmaßnahmen beizubringen statt dem Rat unangebrachte Vorhaltungen zu machen.

Ich will es an dieser Stelle für heute erst einmal bewenden lassen. Allerdings möchte ich mich bei allen hier im Hause vertretenen Ratsmitgliedern bedanken, die dem Sanierungsvorhaben trotz solcher und anderer Nebelkerzen und Verschleierungsmanöver nach wie vor konstruktiv gegenüberstehen. Dies bezieht sich vor allem auf SPD, Die Linke., HAK, Die PARTEI und unsere Ratsgruppe Bürger für Hohenlimburg, es bezieht sich aber auch auf die Kollegen von der Allianz, die nicht auf die Fördermittel verzichten wollen und eine halbwegs lösungsorientierte Position vertreten.

Es wäre im Dienste des Gemeinwohls, wenn auch die HVG, der Kämmerer und der Oberbürgermeister im Sinne der Schulkinder, Vereine und Freizeitschwimmer endlich eine positive Haltung gegenüber dem Sanierungsprojekt Richard-Römer-Lennebad einnehmen würden.“

Abschließend merkt Herr Schmidt zu den Einlassungen von Herrn Klepper an, dass eine Prüfung eines Neubaus grundsätzlich möglich ist. Seiner Meinung nach erfüllt ein Neubau ohne Sprungturmanlage nicht die Förderbedingungen, da dann ein wesentlicher Teil der Funktionalität verlorengehe.

Herr Oberbürgermeister Schulz drückt seinen Ärger über das äußerst aggressive Vokabular von Herrn Schmidt aus. Sachliche Kritik wird in dieser Debatte durchaus anerkannt und angenommen, aber eine solche Wortwahl ist seiner Meinung nach hier nicht angebracht. Sowohl im Aufsichtsrat als auch in der Politik sieht Herr Oberbürgermeister Schulz eine breite Bereitschaft, Lösungen für das Thema zu finden.

Herr Gerbersmann stellt klar, dass seine Rolle als Kämmerer nicht darin besteht, die Forderungen der Politik unkommentiert umzusetzen. Er wird auch weiterhin die Konsequenzen der politischen Forderungen darstellen und diese in seiner Fachlichkeit bewerten. Er weist den Vorwurf von Herrn Schmidt bezüglich der eigenmächtigen Verwendung der Komplementärfinanzierung ausdrücklich zurück. Die angesprochene Komplementärfinanzierung aus der Sportpauschale ist nach Ratsbeschluss dafür verwendet worden, die Umkleiden im Bereich des Ischelands zu finanzieren. Zusätzlich wurden im Schul- und im Jugendhilfeausschuss viele weitere Projekte wie beispielsweise der Ausbau von OGS und von Kindertageseinrichtungen beschlossen, die Mittel aus der Bildungspauschale erhielten.

Weiter kritisiert Herr Gerbersmann die Aussage von Herrn Schmidt bezüglich der „unerträglichen Verteilungsdebatte“. In seiner Zeit als Kämmerer und auch vorher als Fraktionsgeschäftsführer war es immer die Regel, dass die Bezirke, die mehr finanzielle Mittel benötigen, zunächst selbst eine Kompensation finden sollten. Daher sei es auch angemessen, dass zunächst in Hohenlimburg nach Kompensationsmöglichkeiten für die Mehrkosten gesucht wird. Seiner Meinung nach, sollten für die Mehrkosten der Sanierung des Richard-Römer-Lennebades in anderen Stadtteilen geplante Maßnahmen nicht verschoben werden.

Herr Gerbersmann macht sehr deutlich, dass Gelder nur einmal ausgegeben werden können und seine Bedenken nicht persönlicher Natur sind. Die erhöhten Sanierungskosten würden dazu führen, dass andere Projekte und Maßnahmen nicht oder erst später realisiert werden können.

Herr Gerbersmann erläutert weiter, dass die HVG in ihrer Stellungnahme sehr deutlich gemacht habe, dass auf Basis der aktuellen Berechnungen die Finanzierung des Eigen-

anteils und der zusätzlichen Sanierungskosten zu einer jährlichen Belastung in Höhe von 260.000 Euro führen. Dazu kommt, dass das Richard-Römer-Lennebad einen jährlichen Zuschussbedarf in Höhe von 500.000 Euro verzeichnet. Dies wäre eine Kostensteigerung von über 50 %. Zusätzlich müssen die Beträge von der HVG vorfinanziert werden. Erst anschließend werden diese über die Abschreibungen refinanziert. Dies könnte zu finanziellen Schwierigkeiten bei der HVG führen. Er findet den Hinweis der HVG absolut berechtigt, dass auch andere Projekte in den kommenden Jahren finanziert werden sollen und müssen.

Frau Pfefferer erklärt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, dass die Kritik von Herrn Schmidt an den Personen Christoph Gerbersmann und Christoph Köther ausdrücklich nicht geteilt wird. Sie schließt sich den Ausführungen von Herrn Gerbersmann und der Stellungnahme von Herrn Köther an.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte zu dieser Thematik erst eine endgültige Entscheidung treffen, wenn alle Fakten bekannt sind. Es soll keine emotional geführte Debatte entstehen. Nichtsdestotrotz stimmt Sie Herrn Rudel zu, dass am 15.04.2021 eine Entscheidung im Rat getroffen werden muss.

Herr Hentschel erklärt, dass er die Argumente von Herrn Gerbersmann bezüglich der Kompensation von Mehrkosten nachvollziehen kann. Er erwartet aber, dass dies bei anderen Projekten auch so gehandhabt wird. Die Ratsgruppe Die Linke. wird heute dem eingebrachten Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und Hagen Aktiv sowie der Ratsgruppe FDP zustimmen, obwohl sei den dritten und vierten Punkt nicht nachvollziehen kann. Er geht davon aus, dass die Kosten des Bades sinken werden. Er glaubt nicht daran, dass die Fördergelder für ein anderes Projekt verwendet werden können.

Herr Schmidt erklärt, dass er nicht daran zweifle, dass die Gelder aus der Komplementärfinanzierung in Projekten geflossen sind, die politisch beschlossen wurden. Jedoch seien die Finanzierungen nicht aus diesen Mittel beschlossen worden. Diese seien anderweitig durchfinanziert gewesen. Er kritisiert, dass die Mittel in der kurzen Zeit zwischen 20.10.2020 und 07.12.2020 verplant wurden.

Herr Walter kritisiert Herrn Schmidt für seinen vorgetragenen Beitrag. Er ist der Meinung, dass Herr Schmidt mit seiner Wortwahl über das Ziel hinausgeschossen sei. Er macht Herrn Schmidt darauf aufmerksam, dass ein vereidigtes Ratsmitglied nicht nur seinem gewonnenen Wahlkreis gegenüber verantwortlich ist, sondern der gesamten Stadt. Die Zusammenfassung von Einzelinteressen verbessert nicht zwangsweise das Gemeinwohl der gesamten Stadt. Das Bäderkonzept für Hagen blickt auf das gesamte Stadtgebiet. Seiner Meinung nach ist das Konzept eines Stadtteilbades nicht mehr zeitgemäß. Alternativen müssen geprüft und Lösungen in einen gesamtstädtischen Plan passen. Ein Ziel sollte es sein, nicht nur die Schul- und Vereinsaktivitäten im Richard-Römer-Lennebad zu binden, sondern auch wieder vermehrt private Gäste zu gewinnen.

Frau Freund fragt zu der Stellungnahme, wie genau sich der zusätzliche Bedarf in Höhe von 2,4 Millionen Euro zusammensetzt. Es werden davon lediglich 700.000 Euro detailliert erläutert.

Herr Keune vermutet, dass es sich dabei um die vom Architekten angekündigten Kostensteigerungen handelt. Darüber wurde im Aufsichtsrat der HVG berichtet.

Herr König beruft sich nochmals auf die Argumente von Herrn Rudel, vor welchem Hintergrund die SPD-Fraktion ihren Antrag gestellt hat. Er empfindet es ambitioniert, bis Ende 2024 ein neues Bad zu errichten. Er gibt zu bedenken, dass bei einem Neubau auch das jetzige Richard-Römer-Lennebad zurückgebaut werden müsste, so dass keine Bauruine bestehen bleibt. Trotz allem steht man als SPD-Fraktion der Prüfung von Alternativen offen gegenüber.

Herr König kritisiert, dass einerseits die Forderung nach einer sachlichen Debatte besteht, andererseits aber in der Presse der Antrag als „populistisch“ betitelt und zeitgleich eine baldige Entscheidung eingefordert wurde. Herr König stellt dar, dass es eine breite Mehrheit gibt, die die grundsätzliche Notwendigkeit eines Bades in Hohenlimburg anerkennt. Darauf müsse jetzt aufgebaut werden. Er bittet darum, den Antrag der SPD-Fraktion in 1. Lesung zu beraten.

Herr Thieser hat nicht den Eindruck, dass über dieses Thema so emotional debattiert werden müsse. In der letzten Legislaturperiode wurde sich im Sport- und Freizeitausschuss sehr intensiv mit der Situation in Hohenlimburg und dem Richard-Römer-Lennebad auseinandergesetzt. Dabei wurde auch ausgiebig über Alternativen für Kinder und Jugendliche diskutiert. Eine breite Anerkennung für die Notwendigkeit eines Bades in Hohenlimburg ist für Herrn Thieser schon ein großer Fortschritt. Es sei jetzt noch Zeit dafür, Alternativen zu entwickeln. Dies betreffe aber nicht nur das Richard-Römer-Lennebad. Er fordert die Verwaltung auf, eine Vorlage mit den möglichen Alternativen und den entsprechenden Finanzierungs- sowie Fördermöglichkeiten vorzulegen. Die letztendliche Entscheidung muss der Rat am 14.05.2021 treffen.

Frau Pfefferer stimmt den Ausführungen von Herrn Thieser zu. Sie erkennt die Leistungen von Herrn Schmidt und dem ehemaligen Bezirksbürgermeister Voss an, ohne die das Richard-Römer-Lennebad heute nicht mehr existieren würde.

Herr Klepper weist den Vorwurf zurück, den SPD-Antrag in der Presse als „populistisch“ bezeichnet zu haben. Die CDU-Fraktion soll bei diesem Thema für eine sachliche Diskussion stehen und möchte diese gerne führen.

Herr Thielmann kritisiert die unangebrachte Sprache von Frank Schmidt. Weiter erinnert er an das beschlossene Bäderkonzept. In diesem wurde festgeschrieben, dass das Richard-Römer-Lennebad bei einer größeren notwendigen Sanierung geschlossen werden sollte. Seiner Meinung nach sind die Kapazitäten des Westfalenbades für alle Schwimmwilligen ausreichend. Abschließend merkt er an, dass auch Fördergelder aus Steuergeldern bestehen und auch Investitionen damit auf Sinnhaftigkeit geprüft werden müssen.

[Anmerkung der Schriftführung: Die Sitzung wird von 17:07 bis 17:30 Uhr für eine allgemeine Pause unterbrochen.]

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. mit dem Fördergeber zu klären, ob die bewilligten Fördermittel für das Richard-Römer-Lennebad in Hohenlimburg auch für eine andere adäquate Schwimmbad-Lösung im Stadtbezirk Hohenlimburg zur Verfügung stehen würden,
2. Alternativen darzustellen, wie sich das Schul- und Vereinsschwimmen mit einer anderen adäquaten Schwimmbad-Lösung im Stadtbezirk Hohenlimburg realisieren ließe,
3. denkbare Sanierungsalternativen darzustellen, die es möglich machen würden, das Lennebad im Rahmen der bisher veranschlagten Kosten in Höhe von 5,4 Millionen Euro zu sanieren. Dabei soll auch dargestellt werden, ob das Bad dann die verbindliche Nutzungsdauer von mindestens 20 Jahren auch ohne weitere absehbare Schäden überstehen wird.
4. Möglichkeiten einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP/PPP-Modell) auszuloten, in denen private Investoren oder Genossenschaften sich an dem Projekt beteiligen und dauerhaft die derzeit fehlenden Finanzmittel einbringen. Darüber hinaus sollten diese Investoren sich mit eigenen konzeptionellen Ideen zur Attraktivitätssteigerung einbringen können.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	14		
SPD	12		
Bündnis 90/ Die Grünen	7		
AfD	5		
Hagen Aktiv	4		
FDP	1		
Bürger für Hohenlimburg			2
Die Linke			2
HAK	2		
Die PARTEI			1

☒ Einstimmig beschlossen

Dafür: 46
Dagegen: 0
Enthaltungen: 5